

Türkische Flüchtlinge **Spitzel-Vorwürfe** gegen Erdogan-nahe Bamf-Mitarbeiter

Asylbewerber behaupten nach SPIEGEL- und ARD-Informationen, Erdogan-nahe Mitarbeiter in deutschen Behörden hätten sie an türkische Medien verraten. Die Polizei ermittelt.

Von *Martin Knobbe* und *Wolf Wiedmann-Schmidt*



DPA

Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg (Archiv)

Türkische Asylbewerber werfen Entscheidern, Dolmetschern und Sicherheitsleuten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) und Ausländerbehörden vor, sie an Medien verraten zu haben, die dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan und seiner Partei AKP nahestehen.

In einer gemeinsamen Recherche berichten der SPIEGEL und das ARD-Magazin "Report Mainz" von mehreren Fällen, in denen **Flüchtlinge** aus der Türkei kurz nach ihrer Anhörung im Bamf oder nach einem Termin bei einer Ausländerbehörde in türkischen

Zeitungsartikeln oder Fernsehberichten unter Nennung ihres Aufenthaltsorts in Deutschland als "Terroristen" diffamiert wurden. In mindestens zwei Fällen ermitteln Staatsschutzabteilungen der Polizei. (Lesen Sie hier die ganze Geschichte [im neuen SPIEGEL](#).)

"Hierbei werden auch gefährdungsrelevante Aspekte berücksichtigt", teilten die Ermittler einer Behörde mit. Zum Schutz der Asylbewerber wurden die Fälle ohne Ortsangaben beschrieben.

Nach Angaben des Bamf habe sich die Behörde in diesem Jahr in 15 Fällen von freiberuflichen Dolmetschern getrennt, "vor allem aufgrund von Verletzungen der Neutralitätspflicht".

Es sei allerdings kein Fall bekannt, in dem Mitarbeiter Informationen über Asylbewerber an türkische Behörden weitergegeben hätten. Sollten Pflichten und Gebote verletzt werden, würden aber "notwendige arbeitsrechtliche Maßnahmen ergriffen".

Grünen-Chef Cem Özdemir sagte zu den Vorwürfen: "Jeder, der für die Sicherheit unseres Landes arbeitet, muss sich loyal zu Deutschland und keinem anderen Land zeigen." Der Politiker schlägt vor, die Sicherheitsüberprüfung für Dolmetscher zu verschärfen.